



HESSISCHER LANDTAG

23. 10. 2025

Kleine Anfrage

**Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD),
Christian Rohde (AfD), Dimitri Schulz (AfD), Robert Lambrou (AfD),
Dr. Frank Grobe (AfD), Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD), Markus Fuchs (AfD),
Anna Nguyen (AfD) und Andreas Lobenstein (AfD) vom 04.09.2025**

Aufarbeitung der „United 4 Gaza“-Demonstration in Frankfurt

und

Antwort

Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz

Vorbemerkung Fragesteller:

Am 30.08.25 fand in Frankfurt ein dezidiert pro-palästinensischer und mithin antiisraelischer Aufzug unter dem Motto „United 4 Gaza“ statt. In Erwartung von antisemitischen Redebeiträgen und Straftaten hatte die Stadt Frankfurt als Versammlungsbehörde zunächst versucht, den Aufzug zu verbieten, war mit diesem Vorhaben aber letztlich gescheitert, da das Verwaltungsgericht das Verbot als „nicht im mindesten gerechtfertigt“ angesehen hatte. An dem Aufzug nahmen nach Polizeiangaben bis zu 11.000 Personen teil; im Verlaufe sei es auch zu (antisemitischen) Straftaten gekommen. Jüdische Einrichtungen hätten teils mit einem massiven Polizeiaufgebot geschützt werden müssen. An einer pro-israelischen Kundgebung in Frankfurt einen Tag später, bei der auch Innenminister Prof. Dr. Poseck sprach, nahmen nach Polizeiangaben lediglich bis zu 700 Personen teil.

Die Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Wie gestaltete sich der Verlauf des Aufzugs „United 4 Gaza“ am Samstag, den 30.08.2025, durch die Frankfurter Innenstadt? Bitte den Verlauf genau nachzeichnen und insbesondere darauf eingehen, welche Aufzugsroute genommen wurde und aus welchen Gründen die Polizei den Aufzug vorübergehend angehalten hatte.

Der Aufzug startete am Hafenpark, führte über die Hanauer Landstraße in Richtung Innenstadt und von dort über Allerheiligentor – Lange Straße – Seiler Straße – Kurt-Schumacher-Straße – Battonnstraße – Berliner Straße – Weißfrauenstraße – Friedensstraße – Kaiserstraße zum Rathenauplatz und endete am Goetheplatz und Roßmarkt.

Die Polizei hat zu keiner Zeit den Aufzug angehalten. Aufgrund der großen Teilnehmerzahl und der damit einhergehenden unterschiedlichen Gehgeschwindigkeiten stoppte der Aufzug zeitweise, um entstandene Lücken zu schließen. Eine missverständliche Durchsage der Polizei wurde umgehend richtiggestellt.

Frage 2 Zu welchen Straftaten und Sicherheitsstörungen kam es im Verlauf der Versammlung respektive des Aufzugs? Bitte die Straftaten und Sicherheitsstörungen genau aufschlüsseln und insbesondere verwirklichte Straftatbestände aus dem StGB darstellen.

Frage 3 Welche Erkenntnisse liegen über bis dato ermittelte Tatverdächtige vor? Bitte jeweils auf Alter, Geschlecht, Wohnort, sämtliche Staatsangehörigkeiten, polizeiliche sowie staatsschutzrelevante Vorerkenntnisse eingehen und den jeweils zugrundeliegenden Tatvorwurf aussagekräftig nachskizzieren.

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Zur Beantwortung wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Zudem wurde auf polizeiliche Aufforderung eine „Palästinenserflagge“ von der Honsellbrücke entfernt, um den Schiffsverkehr zu sichern. Der Lautsprecherwagen musste runtergeregelt werden, sodass polizeiliche Durchsagen jederzeit vernehmbar waren. Eine Person erhielt

Redeverbot für die Veranstaltung und einen Platzverweis für den Lautsprecherwagen. Eine andere Person versuchte erfolglos Polizeikräften den Zutritt zum Lautsprecherwagen zu verwehren.

Frage 4 Davon ausgehend, dass die Versammlung von polizeilichen Staatsschutzdienststellen beziehungsweise dem Landesamt für Verfassungsschutz überwacht worden war: Welche Organisationen, Parteien, Interessensvertretungen et cetera riefen wahrnehmbar zu einer Teilnahme an der Versammlung auf oder nahmen an ihr teil? Bitte sämtliche Organisationen et cetera aufzählen.

Der Landesregierung ist bekannt, dass folgende Organisationen zur Versammlung aufgerufen haben:

Linksjugend (solid), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Migrantifa Rhein-Main, freepalestine ffm, Students4palestine ffm, Defendkurdistan, Frankfurt, VVN-Bda, Gegenmacht, Aurora Räteaufbau, Fridays for Future Frankfurt, Black Power Frankfurt, DIE LINKE Frankfurt/Kassel, freepalestine wiesbaden, free palestine info, Kufiya Netzwerk, Shut Elbit Down – Deutschland, United4gaza.de, Students for Palestine Göttingen, Demonstration NRW, Students for Palestine Paderborn, Mera25.nrw, Seeds of Palestine (Bremen), Berlin (pa allies), Free Palestine Aschaffenburg, Free Palestine Würzburg, Stuttgart/Tübingen/Freiburg, Friedensbündnis Heidelberg, Darmstadt – hforpalestine.da und Darmstadt 4 Palestine, Minz (Freepalestine.MZ), Zaytouna Göttingen, Aachen – spf_aachen, zaytun.siegen, Revolutionäre Linke, juedischestimme, udiraza, netzwerk.palisoli.linke.

Auf der Versammlung konnten Kennzeichen / Flaggen der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD) sowie der „Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu“ (ATIK) festgestellt werden. Weiterhin lagen Hinweise darauf vor, dass Aktivisten der „Almanya Göçmen İşçiler Federasyonu“ (AGİF) an der Versammlung teilgenommen haben.

Frage 5 Entspricht es den Tatsachen, dass, wie in einigen Medien berichtet wurde, im zeitlichen und räumlichen Kontext der Versammlung jüdische Einrichtungen wie zum Beispiel die Westend-Synagoge durch ein teils massives Polizeiaufgebot geschützt werden mussten? Bitte darstellen, welche Einrichtungen geschützt wurden und weshalb diese Maßnahme notwendig geworden war.

Es fanden lageabhängig Raum- und Objektschutzmaßnahmen statt, um gefährdete Einrichtungen zu schützen. Darunter waren auch jüdische Einrichtungen. Aus Sicherheitsgründen können keine weitergehenden Informationen gegeben werden.

Frage 6 Entspricht es den Tatsachen, dass auf der Versammlung Redebeiträge gehalten und Parolen verbreitet wurden, die teilweise das Existenzrecht Israels in Frage stellten, den Terrorangriff der Hamas verharmlosten beziehungsweise rechtfertigten oder zum bewaffneten Kampf aufriefen? Bitte bejahendenfalls die inkriminierten Redebeiträge oder Parolen genau beschreiben.

Es liegen Erkenntnissen vor, dass während der Versammlung sowohl vom Lautsprecherwagen als auch von Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern mehrfach die Parole „From the river to the sea“ skandiert wurde. Ein Sprecher auf der Versammlung rechtfertigte den Terroranschlag der islamistischen Hamas am 07.10.2023 als rechtmäßigen Widerstand eingesperrter Menschen: „Im Oktober klopften die Bauern die Oliven von den Bäumen, und im gleichen Monat brachen erstmals unsere Gefängniszäune. War das Verbrechen, das ihr heranzieht, doch nie ein Verbrechen. (...) Aufstand erhebt sich aus jedem Konzentrationsgefängnis. Aus Elend und Not wird Widerstand in Bedrängnis.“ Im weiteren Verlauf der Rede wurden einige der Tattaten der Hamas, unter anderem die Ermordung von Kindern während des Überfalls der Hamas am 07.10.2023 auf Israel, geleugnet: „Sogar die Kindermordlüge verwendet ihr, um zu hetzen.“

Frage 7 Wurde die Versammlung ausschließlich durch Kräfte der Hessischen Polizei begleitet oder wurden zur Lagebewältigung auch Kräfte des Bundes oder anderer Länder angefordert? Bitte gegebenenfalls darauf eingehen, welche Kosten dem Land Hessen aufgrund Unterstützungsleistungen entstanden sind.

Zur Bewältigung der Versammlung wurden neben hessischen Kräften auch Einheiten aus den benachbarten Bundesländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eingesetzt. Da die Unterstützung auf Grundlage bestehender Kooperationsvereinbarungen erfolgte, entstanden keine Kosten.

Frage 8 Für wie bedenklich hält die Landesregierung die Tatsache, dass die „United 4 Gaza“ Kundgebung, bei der bereits im Vorfeld davon auszugehen war, dass aus dieser heraus antisemitische Straftaten begangen werden, eine fünfstellige Teilnehmerzahl mobilisiert werden konnte, wohingegen bei der pro-israelischen Versammlung einen Tag später nur Personen in dreistelliger Anzahl teilnahmen?

Die Landesregierung schützt das jüdische Leben im Land und stellt sich entschlossen gegen jede Form des Antisemitismus. Hessen ist solidarisch mit dem Staat Israel. Die Teilnahme und die Rede des Ministers des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz auf der Versammlung „United we stand“ ist Ausdruck dieser klaren Haltung.

Frage 9 Sind die Landesregierung beziehungsweise insbesondere das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz der Auffassung, dass die Stadt Frankfurt als zuständige Versammlungsbehörde alle ihr möglichen Maßnahmen wie zum Beispiel Auflagen ergriffen und ausgeschöpft hatte, um Straftaten und antisemitische Ausfälle so gut als möglich zu verhindern? Die jeweilige Antwort bitte begründen.

Nach dem unanfechtbaren Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 29.08.2025 hat die Stadt Frankfurt am Main mit Verfügung vom 29.08.2025 reagiert, unter anderem die Routenführung im Bereich der Battonnstraße in Höhe des jüdischen Friedhofs aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Ortes geändert, was eine Abweichung von der ursprünglichen Route darstellte.

Wiesbaden, 13. Oktober 2025

Prof. Dr. Roman Poseck

Anlage

Lfd.Nr.	Delikt	TV								Staats- angehörigkeit
		männlich	weiblich	unbekannt	14-17 Jahre	18-20 Jahre	21-24 Jahre	25-29 Jahre	ab 30 Jahre	
1	§86a StGB	1							1	deutsch
2	§86a StGB		1						1	deutsch
3	§86a StGB		1						1	deutsch
4	§86a StGB	1			1					deutsch
5	§86a StGB	1							1	deutsch
6	§86a StGB		1						1	deutsch
7	§86a StGB		1				1			deutsch
8	§86a StGB	1							1	staatenlos
9	§86a StGB		1						1	deutsch
10	§130 StGB	1							1	deutsch
11	§130 StGB §140 StGB	1							1	deutsch- jordanisch
12	§185 StGB		1			1				syrisch